

Protestwanderer muß keine Strafe zahlen

Amtsgericht rügt Regierungspräsidium nach Streit um gesperrten Grenzweg

Dresden. „Das ist ein Politikum und kein juristisches Problem“, machte Amtsrichterin Ute Worzfeld gestern dem Regierungspräsidium (RP) und der Nationalparkverwaltung Sächsische Schweiz einen Strich durch die Rechnung. Und setzte damit zugleich dem Rechtsstreit um eine Wanderung auf dem seit Frühjahr 2001 gesperrten Grenzweg ein Ende. Lothar Hempel, bis Ende 2001 Vizechef des Sächsischen Bergsteigerbundes (SBB), muß nun lediglich seine Auslagen zahlen, den Rest der Kosten übernimmt die Staatskasse, das Bußgeld in Höhe von etwa 144 Euro entfällt.

Anlaß des Streits war eine Wanderung, zu der Hempel am 12. Juli mit 47 weiteren Naturfreunden aufgebrochen ist. Ganz bewußt lenkten die Wanderer damals ihre Schritte auf den gesperrten Grenzweg. Die Nationalparkverwaltung wußte offenbar von der Absicht, schickte ihre Ranger per Jeep in das Gebiet und erwischte die Wanderer in flagranti.

Hempel als Kopf der Truppe bekam eine Anzeige, legte Widerspruch ein und kam gestern nun mit einem blauen Auge davon. Das andere blaue Auge verpaßte Amtsrichterin Worzfeld dem RP. Das Bußgeld gegen den Chef der Wandertruppe sei kein geeignetes Mittel, diese Angelegenheit zu klären, erläuterte sie ihre Entscheidung.

Hempel hatte den Ausflug damals als „Protestwanderung“ bezeichnet. Grund dafür, daß die Nationalparkverwaltung den Weg zwischen Großem Winterberg und Raingrund zwar gesperrt, dabei aber auf das Votum des Bergsteigerbundes keine Rücksicht genommen hatte. Die Vertretung von Wanderern und Kletterern war gegen die Sperrung, unweit des Prebischtors biete sich bei klarer Sicht ein „phantastischer Blick ins Böhmisches“, argumentierte Hempel Ende 2001.

Weil das Votum des SBB in der „Arbeitsgruppe Wegekonzeption“ für die Sächsische Schweiz gefragt war, der Weg aber erst nach der Auflösung der AG gesperrt wurde, wollten die Naturfreunde mit ihrer Wanderung gegen diese Entscheidung protestieren. Richterin Worzfeld erklärte gestern, eine Demonstration sei zwar möglich, hätte aber zuvor angemeldet werden müssen. Und genau das versäumten Hempel und dessen Mitstreiter. Nun hoffen die Mitglieder des SBB auf Umweltminister Steffen Flath (CDU), dem im Mai eine Liste mit etwa 4000 Unterschriften übergeben wurde. Ziel: Der Grenzweg soll wieder geöffnet werden.

Christoph Springer,
Dresdner Neueste Nachrichten vom 25. Sept. 2003

Wir danken den DNN für die Abdruckgenehmigung des Beitrages.